

Es gilt das gesprochene Wort!

ANSPRACHE

**SEINER DURCHLAUCHT
ERBPRINZ ALOIS VON UND ZU LIECHTENSTEIN**

ANLÄSSLICH DES STAATSFEIERTAGES

2016



Liebe Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner

Europa durchgeht eine Zeit von Umbrüchen und grosser Unsicherheit. Die britische Bevölkerung hat sich für einen Austritt aus der EU ausgesprochen, die finanzielle Lage in etlichen Euro-Staaten ist weiterhin kritisch und eine nachhaltige Lösung der Flüchtlingsproblematik ist nicht absehbar. Die Uneinigkeit zwischen den EU-Staaten über den richtigen Weg für die Zukunft erschwert die Lage noch zusätzlich.

Dank der EWR-Mitgliedschaft und den Verträgen mit der Schweiz hat Liechtenstein eine für diese kritische Phase ideale Form der europäischen Integration. Es gibt aber auch noch weitere Gründe, warum wir im Vergleich zu anderen Staaten zuversichtlich in die Zukunft schauen können.

Wir verfügen über eine sehr grosse politische und wirtschaftliche Stabilität, was gerade heute besonders gefragt ist. Die politische Stabilität verdanken wir unserer besonderen Staatsform und den hervorragenden Beziehungen zu unseren ebenfalls sehr stabilen Nachbarstaaten. Die wirtschaftliche Stabilität beruht auf der breiten Diversifikation des Wirtschaftsstandortes und der starken internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Hinzu kommen eine sehr gut ausgebildete Bevölkerung, attraktive Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sowie die Bürgernähe und Reaktionsschnelligkeit unseres Staatssystems.

Ausserdem haben wir im Unterschied zu vielen anderen Staaten in letzter Zeit erfolgreich schwierige Reformen in den Bereichen Finanzplatz, Gesundheit und Altersvorsorge sowie zur Sanierung des Staatshaushaltes umgesetzt. Dadurch haben wir nicht nur unsere Ausgangslage für die Zukunft verbessert, sondern auch in eindrücklicher Weise Handlungsfähigkeit bewiesen. Wir können uns darüber berechtigt freuen und optimistisch in die Zukunft schauen.

Das internationale Umfeld wird jedoch in den nächsten Jahren schwierig bleiben und die demographische Entwicklung eine grosse Herausforderung bedeuten. Daher dürfen wir uns jetzt nicht einfach ausruhen. Wir müssen darauf achten, dass wir uns unsere gute Ausgangslage und unsere besondere Handlungsfähigkeit erhalten. Dazu benötigen wir in den nächsten Jahren weitere Reformen im Bereich der Sozialversicherungen sowie kontinuierliche Verbesserungen an unserem Bildungssystem und unserer Standortattraktivität. Ebenso muss der Entwicklung des Staatshaushalts besonderes Augenmerk geschenkt werden. Eine weitere Grundvoraussetzung für unsere Handlungsfähigkeit ist ein schlanker, aber starker Staat, der seine Muskeln am richtigen Ort hat und auf die Eigenverantwortung bzw. Eigeninitiative seiner Bürger setzt. Dies müssen wir auch bei künftigen Reformen beachten.

Bereits nächsten Monat werden Sie im Rahmen einer Volksabstimmung über einen Reformvorschlag zur Neuregelung der Finanzierung von Kindertagesstätten entscheiden. Nicht zuletzt wegen der demographischen Entwicklung in Europa werden für die Unternehmen gute Lösungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer bedeutender, um qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten. Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, wird zudem einer der entscheidenden Erfolgsfaktoren unserer Gesellschaft werden.

Es ist deshalb sehr erfreulich, dass sich die Wirtschaft damit intensiv beschäftigt und Eigenverantwortung bzw. Eigeninitiative gezeigt hat. Zudem ist es sinnvoll, über einen besseren Einsatz der Gelder der Familienausgleichskasse nachzudenken. Da unsere Unternehmen die Familienausgleichskasse praktisch zur Gänze finanzieren, sollten Umstellungen in diesem Bereich auch nur in enger Abstimmung mit der Wirtschaft erfolgen.

Zudem wäre die Finanzierung der Kinderbetreuungseinrichtungen primär eine Aufgabe der Unternehmen und der Eltern. Der Staat sollte nur dann subsidiär unterstützend eingreifen, wenn sich Familien diese nicht leisten können. So kann auch am besten eine Gleichbehandlung zwischen den verschiedenen Betreuungsmodellen sichergestellt werden. Zugunsten der Betreuung seiner Kinder auf eine Arbeitsstelle und ein zweites Gehalt grösstenteils oder ganz zu verzichten, muss nämlich ein gleichberechtigtes Modell bleiben, das besondere Anerkennung verdient.

Dort, wo der Staat zur Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen beiträgt, kann man sich zusätzlich die Frage stellen, ob dies besser durch das Land oder durch die Gemeinden erfolgen soll. Die Gemeinden stellen bereits vielfach die Infrastruktur für die Kindertagesstätte zur Verfügung. Da Staatsaufgaben auch im Sinne von klaren Verantwortlichkeiten möglichst nicht zwischen Land und Gemeinden geteilt werden sollten, spricht vieles dafür, dass die Gemeinden auch die subsidiäre Finanzierung der Kindertagesstätten und weiteren Kinderbetreuungseinrichtungen wie der Tagesmütter übernehmen.

Der Initiativvorschlag entspricht diesen Überlegungen nur teilweise. Wir benötigen aber eine rasche Neuregelung der Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen. Falls der Initiativvorschlag angenommen wird, sollten daher zusätzlich nötige Massnahmen schnell getroffen werden. Falls der Initiativvorschlag abgelehnt wird, sollte gleich mit der Arbeit an einer Alternativlösung begonnen werden.

Neben der Neuregelung der Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen ist die mangelnde zeitliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf im ersten Lebensjahr des Kindes das grösste noch ungelöste Problem. Viele Mütter und Väter wollen aus guten Gründen ihr Kind in seiner ersten Lebensphase selbst betreuen, machen jedoch folgende Erfahrung: wer sowohl dem Beruf als auch dem kleinen Kind gerecht werden will, ist chronisch überlastet und kann letztlich weder dem Beruf noch dem Kind gerecht werden.

Warum ist dieses Thema nicht nur für die betroffenen Eltern, sondern für das ganze Land wichtig? Die neueren wissenschaftlichen Erkenntnisse sagen uns deutlich, dass eine stabile, sichere Bindung des Säuglings zu seinen Eltern, Mutter oder Vater, eine wichtige Voraussetzung für die langfristige seelische Gesundheit des Menschen ist. Besonders im ersten Lebensjahr des Kindes ist im Normalfall die elterliche Betreuung des Kindes einer noch so guten Fremdbetreuungseinrichtung vorzuziehen und es entspricht auch dem Wunsch vieler junger Eltern, die Kinder in diesem Alter selbst betreuen zu können. In unser aller Interesse sollten wir daher nach Lösungen suchen, wie

Eltern ihre Kleinstkinder selbst betreuen können, ohne ihre Stelle aufgeben oder berufliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.

Jene Unternehmen, die das weibliche Arbeitskräftepotential ausschöpfen wollen, investieren klugerweise in die immer bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit dem Ausbau des Angebots an Kindertagesstätten wurden und werden diesbezüglich grosse Fortschritte erzielt. Bei den Kleinstkindern erreicht diese Strategie jedoch ihre Grenze. Die Lösung des Vereinbarkeitsproblems liegt nicht darin, bereits für die Säuglinge flächendeckend Kita-Plätze anzubieten. Dies würde dem Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Eltern widersprechen und wäre für eine fachlich einwandfreie Betreuung sehr aufwendig.

Attraktiv sind Arbeitsplätze für Eltern vielmehr dann, wenn sie z.B. nach der Geburt eines Kindes ohne Nachteile für die Karriere Elternurlaub und Teilzeitarbeit in Anspruch nehmen können, wenn sie ihre Arbeitszeit möglichst selbst steuern können oder wenn Sitzungen nicht frühmorgens oder abends stattfinden. Ausserdem können Arbeitsplätze, bei denen ein grosser Teil der Arbeit von zu Hause aus erledigt werden kann, vieles erleichtern. Die heutige Technik eröffnet in dieser Hinsicht ganz neue Möglichkeiten. Ich bin überzeugt: Unternehmen, die für das Vereinbarkeitsproblem im ersten Lebensjahr des Kindes attraktive Lösungen anbieten, werden zukünftig leichter qualifizierte Fachkräfte finden und auch im Fall einer Elternschaft halten können.

Auch auf Seiten der Politik wird zu überlegen sein, wie wir solche Ansätze der Wirtschaft unterstützen können. Dazu könnte nach einer Neuregelung der Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Regierung, der Unternehmen und mit Fachleuten eingesetzt werden, die die Suche nach neuen, kreativen und attraktiven Lösungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im ersten Lebensjahr des Kindes unterstützt. Viele Unternehmen widmen sich heute schon sehr aktiv diesem gesellschaftspolitisch und wirtschaftspolitisch wichtigen Thema und suchen mit grosser Anstrengung nach neuen Möglichkeiten. Ein regelmässiger Erfahrungsaustausch der Unternehmen untereinander könnte eine breite und rasche Umsetzung guter Lösungen in Liechtenstein fördern, was letztlich auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes insgesamt steigern würde.

Je bessere Lösungen wir für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf finden, desto leichter wird es auch, Ja zu Kindern zu sagen. Besonders wegen der bereits erwähnten demographischen Entwicklung ist es in unser aller langfristigen Interesse, dass möglichst viele Ja zu Kindern sagen.

Liebe Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner

Am Ende einer schwierigen Legislaturperiode können wir zu Recht stolz auf unser Land sein und optimistisch in die Zukunft blicken. Wir bleiben aber gefordert. Lasst uns daher alle gemeinsam darauf achten, unsere gute Ausgangslage und unsere Handlungsfähigkeit zu erhalten.

Nach der Ansprache des Landtagspräsidenten lade ich Sie im Namen meiner Familie zu einer Stärkung vor dem Schloss ein. Von Herzen danke ich all jenen, die an der Gestaltung des

Staatsfeiertages mitgewirkt haben, und wünsche Ihnen allen einen schönen Festtag und Gottes Segen.